

Schatten des Zweiten Weltkriegs: Vor zwanzig Jahren lancierte Arnold Koller die Solidaritätsstiftung. SEITE 10

Christophe Darbellay überflügelt im ersten Durchgang der Walliser Staatsratswahlen seine Kontrahenten SEITE 11

# Mit Ach und Krach zu einem Ja

Nach hartem Schlagabtausch unterstützt die FDP die Energiestrategie 2050

Für die Ordnungspolitiker in der FDP ist das Energiegesetz ein Subventionsmoloch, für die Pragmatiker ein gangbarer Kompromiss. Bei der Parolenfassung setzten sich knapp die Pragmatiker durch, doch die Partei bleibt tief gespalten.

HELMUT STALDER, FREIBURG

Noch selten war die FDP in einem so wichtigen Dossier so uneins wie in der Energiepolitik. Und so wurde die Delegiertenversammlung am Samstag in Freiburg zu einem freisinnigen Happening, an dem für einmal leidenschaftlich diskutiert und gestritten sowie um die Werte der Partei gerungen wurde. Je ein Referat pro und contra brauchte es, ein vierköpfiges kontradiktorisches Podium und eine lange Debattenrunde mit Wortmeldungen aus dem Saal, bis die Delegierten ihre Parole zum Energiegesetz fassten. Am Schluss gab es mit 175 zu 163 Stimmen und 6 Enthaltungen ein Ja. Damit bestätigten die Delegierten ihre Fraktion im Bundeshaus, die anfänglich das Energiegesetz abgelehnt hatte, es dann aber nach etlichen Ergänzungen und Korrekturen unterstützte. Mit dem Ja der FDP steht nun die SVP mit ihrem Referendum, über das am 21. Mai abgestimmt wird, alleine da.

## Zürcher Duell

An der Delegiertenversammlung prallten die beiden Lager hart aufeinander und schenkten sich nichts – insbesondere die beiden Zürcher, Ständerat Ruedi Noser, der im Pro-Komitee sitzt, sowie Nationalrätin Doris Fiala, die sich im Gegen-Komitee engagiert. Beide rekurrierten auf die Werte der Partei, die eine, um zu begründen, weshalb man aus freisinniger Warte das Energiegesetz ablehnen müsse, der andere, um zu begründen, weshalb man es aus freisinniger Sicht unterstützen solle. «Ich bin felsenfest überzeugt, dass ein Ja das Richtige ist für unsere Partei», sagte Noser. Es gehe um Energieeffizienz, um die marktnahe Förderung der erneuerbaren Energie und um einen Verzicht auf Atomkraftwerke ohne künstliche Laufzeitverkürzung und Technologieverbot. «Wir Freisinnigen haben fast alles verbessert an dieser Strategie», sagte er.



Will die beiden Lager innerhalb des Freisinns wieder zusammenbringen: Parteipräsidentin Petra Gössi.

PETER SCHNEIDER / KEYSTONE

Etwa die steuerliche Förderung von Investitionen im Energiebereich, die Abzugsfähigkeit von Rückbaukosten und die Erhöhung des Gebäudeprogramms. Das Fördermodell sei marktnah gestaltet, indem Produzenten ihren Strom künftig selber vermarkten müssten und die Vergütungssätze laufend abgesenkt würden. Wichtig sei vor allem die Sunset-Klausel. Sie führe dazu, dass nach sechs Jahren das heutige Subventionssystem auslaufe und keine neuen Förderungen gesprochen würden. «Statt jährlich Milliarden für Energieimporte auszugeben, bleibt das Geld im Land und wird in lokale Energieproduktion und Effizienzmassnahmen investiert», rief Noser in Erinnerung.

Bei einem Nein würde das heutige Subventionssystem nicht abgelöst, sondern ausgebaut, denn die Referendumsführer wollten nicht nur die Wasserkraft subventionieren, sondern auch die AKW. «Sie werden staunen, denn diese Subventionen werden gewaltig sein», sagte Noser. Ein Ja sei hingegen ein ers-

ter Schritt zu einer modernen, effizienten und nachhaltigen Energieversorgung. Die FDP stehe für Fortschritt und Innovation, das Energiegesetz entspreche genau dem.

## Zerrissene Partei

Doris Fiala sah es umgekehrt. Das Energiegesetz stehe im Widerspruch zur liberalen, marktwirtschaftlichen Ordnung. «Das Mainstream-Surfen und den Opportunismus überlassen wir andern», sagte sie. Die Fraktion in Bern habe aus Angst vor dem Zeitgeist die Meinung geändert und weil Energieministerin Doris Leuthard «den Honigtopf der Subventionen» geöffnet habe. Die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie seien tangiert. Die Landschaft werde mit Windrädern und Solarpanels verschandelt und die Ökobilanz der Schweiz verschlechtert, indem vor allem im Winter Strom aus ausländischen Dreckschleudern importiert werden müsse.

Der Entscheid zum Energiegesetz war für die Partei eine Zerreihsprobe. Und auch nach dem Ja an der Delegiertenversammlung ist zu erwarten, dass etliche Kantonalsektionen abweichende Parolen fassen. Die FDP habe sich in der Energiepolitik lange um eine Position herumgedrückt, sagte Parteipräsidentin Petra Gössi, die gegen das Gesetz gestimmt hatte. Das habe sich nun gerächt und komme in diesen zwei Blöcken zum Ausdruck. Die einen sähen vor allem die Verbesserungen, welche das Gesetz aus bürgerlicher Sicht bringe, und auch die «Goodies», die verteilt würden. Die andern beurteilten die Vorlage ordnungspolitisch und sähen sie als Subventionsmoloch. Die Partei werde dadurch aber nicht zerrissen, weil die Zielsetzung einer sicheren, liberaleren, marktnahen Energieversorgung bei beiden Lagern gleich sei, auch wenn sich der Weg und die Geschwindigkeit unterschieden. «Es ist nun meine Aufgabe, die Positionen wieder zusammenzuführen», sagte Gössi.

## «Die SVP ist in der Energiepolitik konzeptlos»

FDP-Nationalrat Peter Schilliger sieht das Energiegesetz als Hebel, um die Strategiediskussion über die Versorgungssicherheit zu erzwingen

Das Ja zum Energiegesetz enthält zwei Überraschungen. Vor wenigen Jahren war undenkbar, dass sich die FDP für das Ende der Atomenergie ausspricht. Auch die FDP weiss, dass AKW mit der heutigen Technologie im Volk keine Chancen haben, da können die Befürworter noch so lobbyieren. Bei der Atomtechnologie gilt das alte Cowboy-Sprichwort: «Wenn du entdeckst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab.» Wenn man in 15 oder 20 Jahren eine neue Technologie präsentieren kann, die sicher ist und überzeugt, dann muss man ohnehin eine Grundsatzdiskussion führen und kann das Verbot neuer Betriebsbewilligungen wieder aufheben.

Es überrascht auch, dass die FDP für den Ausbau des Subventionssystems mit der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) ist – wenn auch befristet. Verrät sie ihre Werte? Das ist das Resultat einer Güterabwägung. Wir nehmen die kurzfristige Er-

höhung der Subventionen in Kauf und bauen wie versprochen die Warteliste der Projekte ab. Daran ist aber das Ende des KEV-Systems in sechs Jahren geknüpft. So gelingt es uns tatsächlich erstmals, eine Subvention abzuschaffen.

Glauben Sie das wirklich? Viele Ihrer Parteikollegen halten das für naiv. Man sollte nicht immer in Hypothesen argumentieren, sondern bei der Sache bleiben. Und Sache ist: Wir haben ein Gesetz erreicht, in dem der Ausstieg aus dem KEV-System klar definiert ist. Wie soll es im Parlament eine Mehrheit geben für die Wiedereinführung dieser Subventionen? Das hätte keine Chance.

Das Energiegesetz hat die FDP tief gespalten. Ist die Uneinigkeit nicht bedenklich in so einer wichtigen Frage? Ich glaube, die FDP wird mit dem Ja eher bei den Abstimmungssiegern sein, als wenn wir uns bei der SVP angebunden



«Es gelingt uns erstmals, eine Subvention abzuschaffen.»

Peter Schilliger  
Nationalrat (fdp.,  
Luzern), Mitglied der  
Energiekommission

hätten. Diese ist in der Energiepolitik extrem rückwärtsgerichtet und konzeptlos und träumt von einem neuen AKW.

Was hat den Ausschlag gegeben, dass die FDP Ja sagt zum Energiegesetz? Viele Elemente entsprechen ganz klar liberalen Werten wie das marktnahe Fördermodell mit der Selbstvermarktung des Stroms und den steuerlichen Anreizen für Gebäudesanierungen. Zudem bleibt das Geld in der Schweiz und sorgt hier für Wertschöpfung und Stellen. Diese begrüssenswerten Fortschrit-

te würden wir bei einem Nein verlieren. Die Gefahr von planwirtschaftlichen Entwicklungen im Energiebereich ist zwar nicht vom Tisch, aber sie wäre auch mit dem Nein nicht vom Tisch.

Viele sehen die Versorgungssicherheit gefährdet, wenn man nur auf neue erneuerbare Energie setzt. Dieses Risiko bleibt. Die Versorgungssicherheit muss unbedingt diskutiert werden, ob das Energiegesetz kommt oder nicht. Beim Strom fehlt nach wie vor die Strategie, wie man Versorgungssicherheit erreicht. Man kann Kapazitätsreserven bestellen, den Grad der Eigenproduktion erhöhen oder redundante Stromnetze mit dem Ausland einrichten, um den Verbrauch immer abzudecken. Ein Ja zum Energiegesetz führt zu Handlungsdruck, diese strategischen Fragen endlich zu klären. Die Gegner tun so, als sei die Versorgungssicherheit mit Nichtstun gewährleistet,

aber die AKW fallen ja weg und werden nicht ersetzt.

Man spricht immer von einem neuen Markt-Design, das die Versorgung garantieren werde. Aber das ist eine Blackbox. Schon, aber das wäre auch mit einem Nein zum Energiegesetz so und muss ohnehin kommen. Die FDP verlangt die Marktöffnung auch für Kleinkunden und ein Stromabkommen mit der EU, das eine Integration in den Verbund ermöglicht. Und wenn wir die Wasserkraft in der Strategie als systemrelevant definieren, müssen wir auch einen Markt für Reservekapazitäten schaffen, womit sie einen höheren Wert bekommt.

Der Gewerbeverband ist für das Energiegesetz. Economiesuisse tut sich schwer. Was erwarten Sie nach dem FDP-Ja? Die Parole von Economiesuisse ist für diese Vorlage nicht relevant.

Interview: Helmut Stalder

Kommentar

## Überwindung zum Fortschritt

VON HELMUT STALDER

Die FDP hat nun also eine Parole zum Energiegesetz. Aber das Ja ist so dünn, dass es nicht wirklich als klare Positionierung in der Energiefrage gelten kann, sondern vor allem den Riss in der Partei zeigt. Die Pragmatiker hatten die Zeichen der Zeit erkannt und im Energiegesetz noch etliche wichtige Korrekturen angebracht, so dass es zwar keinesfalls als liberales Meisterwerk daherkommt, aber wenigstens in die richtige Richtung weist und als Grundlage für die Ausgestaltung der Energiezukunft durchgehen kann. Die Gegner in der Partei hingegen haben sich in eine ordnungspolitische Dogmatik verbissen, die mit den leidenschaftlich vorgetragenen liberalen Grundsätzen zwar gut tönt, aber nichts zur Lösung beiträgt.

Die SVP mit ihrem Referendum und ihre Mitstreiter in den Reihen der FDP suggerieren nämlich, dass sich mit einem Nein zum Energiegesetz der jetzige Zustand konservieren lasse. Dass also die Kosten für den Umbau der Versorgung auf erneuerbare Energie vermieden würden, dass die Stromversorgung mit Wasserkraft und Atomkraft weiter CO<sub>2</sub>-frei bleibe und dass die Versorgungssicherheit mit Bandenergie aus AKW und regulierbarer Energie aus Wasserkraft gewährleistet bleibe. Das ist jedoch nicht so. Die Schweizer AKW werden in gut zwanzig Jahren ausgedient haben, ob man will oder nicht. Und dass neue AKW gebaut werden, die eine Fortführung der jetzigen Energieversorgung erlauben würden, ist aufgrund der Kosten für Neubauten und für den Betrieb undenkbar. Hier klafft die grosse Lücke in der Argumentation der Gegner: Ihr Konzept für die Bewahrung der bisherigen Stromversorgung kann nur aufgehen, wenn neue AKW gebaut werden. Weil das weder ökonomisch noch politisch realistisch ist, ist es besser, dass sich die Schweiz mit dem Energiegesetz auf den Weg in eine Zukunft ohne AKW begibt.

Es kostete viele in der FDP Überwindung, dem Gesetz zuzustimmen. Aber letztlich ist es eine Selbstüberwindung zum Fortschritt, der im Energiebereich unaufhaltsam vorangeht. Die Freisinnigen haben mit ihrem Ja den Anschluss an den Fortschritt gefunden. In den nächsten Schritten müssen sie dafür sorgen, dass die Energieversorgung subventionsfrei, marktnah und nach liberalen Grundsätzen gestaltet wird.